

Die Förderung gewerblicher Investitionen durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“: Wie erfolgreich sind die geförderten Betriebe?

Franz-Josef Bade

Eingegangen: 9. September 2010 / Angenommen: 15. Dezember 2011 / Online publiziert: 10. Januar 2012
© Springer-Verlag 2011

Zusammenfassung In diesem Beitrag wird die Beschäftigungsentwicklung der Betriebe, die zwischen 1998 und 2008 mit einem Investitionszuschuss durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) subventioniert wurden, untersucht. Die empirische Grundlage bildet die Beschäftigtenstatistik, deren Angaben mit der GRW-Förderstatistik verknüpft wurden. Untersucht wurden 90 % aller Förderfälle der Jahre 1998 bis 2008. Das entspricht insgesamt 23.516 Betrieben, die in der Beschäftigtenstatistik identifiziert und konsistent mit den übrigen Betrieben verglichen werden konnten. Die Entwicklung der Betriebe war nach ihrer Förderung fast durchweg positiv. Im Durchschnitt über alle Jahrgänge beträgt die Zunahme der Beschäftigung vom Förderzeitpunkt bis zum Endjahr 2008 4,6 % pro Jahr. Nach dem Jahr der Förderung differenziert schwächt sich die Dynamik der geförderten Betriebe im Zeitablauf ab. Besonders dynamisch sind die Betriebe direkt nach ihrer Förderung. Erfolgreich waren die geförderten Betriebe auch im Vergleich zu den übrigen, nicht-geförderten Betrieben, deren Beschäftigtenzahl im Untersuchungszeitraum abgenommen hat. Besonders groß ist der Wachstumsvorsprung der geförderten Betriebe, wenn sie mit ihrem regionalen Umfeld verglichen werden. In den ostdeutschen Fördergebieten liegt die Zunahme der geförderten Betriebe um 11 Prozentpunkte über der Veränderungsrate der übrigen Betriebe. In Westdeutschland dagegen fällt der Abstand zwischen geförderten und nicht-geförderten Betrieben insgesamt geringer aus. Die sektorale Struktur der geförderten Betriebe ist – insgesamt bewertet – etwas ungünstiger als der Bundesdurchschnitt.

Tatsächlich liegt der Beschäftigungsbeitrag der geförderten Betriebe mit +4,6 % p.a. weit über der Veränderung, die aufgrund der sektoralen Struktur erwartet werden konnte (–3,4 % p.a.).

Schlüsselwörter Regionale Wirtschaftspolitik · Investitionsförderung · Evaluierung · Erfolgskontrolle · Regionale Wirtschaftsstruktur · Regionale Beschäftigungsentwicklung

Investment Grants by the German Regional Policy: How did the Subsidized Plants Perform?

Abstract This paper analyses the growth of firms subsidized by German regional policy. Empirical basis is a linked data set consisting of the social security statistics (“Beschäftigtenstatistik”) and the federal statistics of investment grants (“GRW-Förderstatistik”). Actually, 90% (23,516) of all firms subsidized between 1998 and 2008 are covered in this study. The performance of the subsidized firms was consistently positive. On average, their employment grew by +4.6% per year from the respective year of subvention until 2008, the end of the period of analysis. Differentiated by the year of subvention, those firms which were recently subsidized grew faster. The growth of subsidized firms is particularly high if they are compared to non-subsidized firms of the same region. In the structurally weak regions of eastern Germany, the change of employment of subsidized firms exceeds the corresponding rate for non-subsidized firms by 11% points per year partly due to the strong increase of subsidized firms and partly due to low performance of the other firms. The growth difference is less distinct in the (few) assisted areas of western Germany. The sectoral structure of subsidized firms is rather

Prof. Dr. F.-J. Bade (✉)
Fakultät Raumplanung, Fachgebiet Volkswirtschaftslehre,
Technische Universität Dortmund, August-Schmidt-Straße 6,
44227 Dortmund, Deutschland
E-Mail: franz-josef.bade@uni-dortmund.de

unfavourable. Even so, their employment growth is much stronger than structurally expected.

Keywords Regional policy · Investment grants · Evaluation · Measurement of results · Regional economic structure · Regional employment growth

1 Hintergrund und Ziel der Untersuchung

Seit über einem halben Jahrhundert wird in der Bundesrepublik versucht, den Auftrag des Grundgesetzes zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu erfüllen. Einen wesentlichen Baustein dieser Anstrengungen bildet die 1969 geschaffene Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Da die Länder verfassungsrechtlich für die regionale Wirtschaftspolitik zuständig sind, sollte mit der Einrichtung der GRW – neben den finanziellen Hilfen des Bundes – vor allem auch „ein einheitlicher und verbindlicher (Subventions-) Rahmen“ geschaffen werden (Tetsch/Benterbusch/Letixerant 1996: 47): weg „vom punktuellen Eingriff der Notstandsbekämpfung zur planmäßigen Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, von der einseitigen Ausrichtung auf Förderungsbedürftigkeit hin zur Nutzung aller regionalen Entwicklungschancen“ (Albert 1971: 1).

Das Ziel der regionalen Wirtschaftspolitik ist die dauerhafte Stärkung von Beschäftigung und Einkommen in den strukturschwachen Regionen. Ansatzpunkt ist ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Tetsch/Benterbusch/Letixerant 1996: 21; Deutscher Bundestag 2009: 49; Fisch 2010: 840): Mit der Unterstützung durch die GRW sollen die Regionen in die Lage versetzt werden, standort- oder strukturbedingte Nachteile auszugleichen und an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung anzuschließen. Adressat der GRW-Förderung sind im Wesentlichen die Unternehmen. Ob die Förderung angenommen wird und zum Erfolg führt, hängt von der Entscheidung der Unternehmen ab und von ihrer Fähigkeit, sich im Wettbewerb behaupten zu können.

Zur Verbesserung ihrer Standortbedingungen wird den Unternehmen in den strukturschwachen Regionen durch die GRW zwar „ein breit gefächertes Angebot an Fördermöglichkeiten bereit“ gestellt (Deutscher Bundestag 2009: 7). Allerdings liegt das Schwergewicht bei den sogenannten investiven Maßnahmen, die aus der einzelbetrieblichen Förderung, dem Investitionszuschuss und aus der Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur bestehen (vgl. Tab. 1). Dabei überwiegt mit über 36,8 Mrd. € eindeutig die Subvention der gewerblichen Investitionen. Fast zwei Drittel des gesamten Bewilligungsvolumens der GRW (56,4 Mrd. €) waren zwischen 1991 und 2009 für den Investitionszuschuss bestimmt.

Tab. 1 Bewilligte Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 1991 bis 2009. (Quelle: Statistik des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA); eigene Auswertungen)

	Bewilligte Mittel	
	Mrd. Euro	Anteil (%)
Gewerbliche Investitionszuschüsse	36,8	65,1
Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur	19,6	34,7
Sonstige nicht-investive Maßnahmen	0,092	0,2
Insgesamt	56,4	100,0

Angesichts dieses hohen Mitteleinsatzes ist die Frage nach dem Nutzen der Förderung nicht überraschend. Schon die Einrichtung der Gemeinschaftsaufgabe selbst lässt sich als eine Reaktion auf die früh geäußerte Skepsis über den Sinn der Förderung (z. B. Jürgensen 1964: 403) interpretieren. Denn ihre Einrichtung war mit dem expliziten Ziel verbunden, die Wirksamkeit der Regionalpolitik durch eine Bündelung und systematische Regelung der damaligen *ad-hoc*-Maßnahmen zu erhöhen. Entsprechend wurde bereits im ersten Rahmenplan, also mit Beginn der Gemeinschaftsaufgabe, die Forderung nach einer Erfolgskontrolle verankert (Deutscher Bundestag 1971: 10).

Die Skepsis gegenüber der Wirksamkeit der Förderung bezieht sich vor allem auf die Art der Wirkungszusammenhänge, die zwischen der Förderung privater Investitionen einerseits und den regionalpolitischen Zielen Beschäftigung und Einkommen andererseits bestehen (z. B. Streit 1971: 689).¹ Die Stimulierung der privaten Investitionen ist nur ein Zwischenziel, ein Mittel zum Zweck. Folglich besteht die Wirkungskette, die mit dem Angebot eines Investitionszuschusses angetrieben werden soll, aus zwei Gliedern: Zuerst muss die Förderung *zusätzliche* private Investitionen bewirken; anschließend müssen diese zusätzlichen Investitionen zu einer Zunahme von Beschäftigung und Einkommen führen.

Gegen beide Einflüsse werden Einwände vorgebracht, die sich im Kern wie folgt zusammenfassen lassen. Erstens wird bezweifelt, ob die regionale Investitionsförderung tatsächlich zur Stimulierung der privaten Investitionstätigkeit in der Lage ist. Wenn es in Verbindung mit einer Förderung zu einer Investition kommt, so wäre diese möglicherweise auch ohne Förderung vorgenommen worden; die Förderung würde also nur „mitgenommen“ (vgl. Freund 1982; Lenihan/Hart 2005). Würde die Investition dagegen ausschließlich wegen der Förderung durchgeführt werden, so könnte der Kapitaleinsatz eventuell eine Fehlallokation von Ressourcen bedeuten, die sich vermutlich nicht längerfristig auf dem Markt behaupten kann.

¹ Zu anderen Argumenten, die gegen die Wirksamkeit der GRW vorgebracht werden, vgl. z. B. den Überblick bei Scharff (1993: 187 ff.).

Selbst wenn die Förderung eine gewisse lenkende und gleichzeitig marktkonforme Wirkung erzielen könnte, bleibt zweitens unsicher, ob sie tatsächlich zum regionalpolitischen Ziel der Beschäftigungssteigerung beiträgt. Durch die Subventionierung von Kapital wird der Faktor Arbeit relativ teurer und *ceteris paribus* durch Kapital ersetzt (Substitutionseffekt). Zu einer Erhöhung des Arbeitseinsatzes kann es folglich nur dann kommen, wenn gleichzeitig mit der Investition auch die Nachfrage und Produktion steigen („Output-Effekt“). Solange der Output-Effekt kleiner als der Substitutionseffekt ist, wird die Investitionsförderung zu einem Abbau und nicht zu einem Anstieg der Beschäftigung führen.

Seit Beginn der wissenschaftlichen Diskussion herrscht Einigkeit darüber, dass sich die Frage, ob beide Einwände tatsächlich zutreffen, nur empirisch klären lässt (z. B. Streit 1971: 690). Theoretisch sind beide nicht grundsätzlich auszuschließen. Umgekehrt sind theoretisch aber auch Bedingungen denkbar, unter denen die Einwände nicht zutreffen und die Förderung privater Investitionen zu mehr Beschäftigung und Einkommen in den geförderten Regionen führt.

Inzwischen gibt es eine lange Reihe von internationalen empirischen Studien zu den Wirkungen der Kapitalförderung.² An der Unsicherheit über ihre Wirksamkeit hat sich allerdings bis heute nur wenig geändert: „The upshot of all this is that on this most basic question of all – whether incentives induce significant new investment or jobs – we simply do not know the answer“ (Peters/Fisher 2004: 32). Etwas positiver formulieren Lammers/Niebuhr (2002: 58), die in ihrem Überblick über ausgewählte Evaluationsstudien zur Regionalförderung in Deutschland den Eindruck gewonnen haben, dass „bei einer vorsichtigen Interpretation festzuhalten ist, dass die Investitionsförderung wohl zu zusätzlichen Investitionen geführt hat und auch – in geringerem Umfang – zu zusätzlichen Arbeitsplätzen“.

Für die widersprüchlichen Untersuchungsergebnisse gibt es mehrere Erklärungen. Zum Teil werden unterschiedliche Zeiträume und Regionen betrachtet, zum Teil unterscheidet sich auch die Art der untersuchten Förderung. Die oben zitierten Autoren Peters und Fisher konzentrieren sich z. B. auf die USA, wo häufig Steuerermäßigungen zur Investitionsförderung vergeben werden, die möglicherweise anders wirken als der zu beantragende und selektiv bewilligte Investitionszuschuss der GRW. Ein wesentlicher Grund für die unterschiedlichen Untersuchungsergebnisse liegt vor allem in der Anwendung verschiedener Untersuchungsmethoden. Nach der Art der Beobachtungseinheit wird seit Langem (z. B. Krist/Walker 1980: 335) zwischen makro- und mikroökonomischen Untersuchungsansätzen unterschieden. Bei den ersteren wird der Einfluss der

Subventionen auf volkswirtschaftliche Aggregate wie das Investitionsvolumen einer Region oder ihr gesamtwirtschaftliches Einkommen analysiert. Bei den letzteren stehen vor allem das Investitionsverhalten einzelner Unternehmen und ihre Entwicklung im Fokus.

Insgesamt gesehen scheinen die makroökonomischen Analysen einen größeren Einfluss der Investitionsförderung erkennen zu lassen. Zwar weichen die statistischen Verfahren stark voneinander ab und reichen von einfachen Trendvergleichen (z. B. Moore/Rhodes 1973; Recker 1976) bis hin zu produktionstheoretisch abgeleiteten Mehr-Gleichungs-Regressionen (z. B. Asmacher/Schalk/Thoss 1987; Harris 1991; Franz/Schalk 1995; De Castris/Pellegrini 2008). Gleichwohl stellen sie aber häufig einen – wenn auch manchmal nur schwachen – Einfluss der Investitionsförderung auf die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung und Beschäftigung fest: „In summary, our results provide empirical evidence that regional investment incentives in Germany, unlike in other countries, has had success with respect to both the investment and employment target“ (Schalk/Untiedt 2000: 191).³

Bei den mikroökonomischen Studien sind die Ergebnisse weit weniger eindeutig. Bei einer rein betriebswirtschaftlichen Betrachtung führen die Kapitalsubventionen zwar meistens zu einer merklichen Verringerung der Kapital- und Kapitalnutzungskosten (Allen et al. 1979; Schalk/Untiedt 1995: 287). Allerdings erscheint fraglich, ob diese Kostenersparnis auch von den Unternehmen wahrgenommen und bei ihren Investitionsentscheidungen berücksichtigt wird. Problematisiert wurde dieser Punkt insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren, als das Ziel der Subventionen primär in der Ansiedlung von Betrieben in strukturschwachen Gebieten gesehen wurde. Entsprechende Studien zum Verhalten der Unternehmen bei Standort- und Investitionsentscheidungen hatten zum Ergebnis, dass die Senkung der Kapitalkosten bei dem Entschluss zur Ansiedlung an einem neuen Standort und bei dem Auswahlverfahren nur eine geringe Rolle spielten (z. B. Townroe 1972; Ewringmann/Zabel 1976).

Besonders kritisch ist die anschließende Frage, ob die geförderten Investitionen zu einem Beschäftigungswachstum der Betriebe geführt haben. Die meisten mikroökonomischen Studien kommen zu einer ungünstigen Einschätzung (z. B. Peters/Fisher 1997; Gabe/Kraybill 2002; Schwartz/Pelzman/Keren 2008). Selbst bei den wenigen Studien, in denen die geförderten Betriebe ihre Beschäftigung nach der Förderung gesteigert haben (Bronzini/de Blasio 2006 oder

² Die ersten Untersuchungen stammen vor allem aus Großbritannien (z. B. Moore/Rhodes 1973).

³ Vgl. aber auch die gegensätzlichen Ergebnisse von Harris (1991) oder De Castris/Pellegrini (2008).

Pellegrini/Centra 2006), scheinen regionale Besonderheiten bei der Vergabe der Subventionen eine Rolle zu spielen.⁴

Für die Bundesrepublik gibt es nur einige wenige mikroökonomische Studien zur Beschäftigungsentwicklung geförderter Betriebe. Eine der ersten ist eine Fallstudie aus Oberfranken, die zu dem Schluss kommt, dass „die Gewährung entsprechender Fördermittel von einer quantitativen Verschlechterung der Beschäftigungssituation begleitet ist“ (Hopfinger 1983: 96).

Dagegen kommen Gräber/Holst/Schackmann-Fallis et al. (1987: 225) zu dem Ergebnis, dass „die GRW-Förderung vor allem von Betrieben in Anspruch genommen worden ist, die einen eher positiven Beitrag zu der relativ günstigen Entwicklung des Fördergebietes geleistet haben“. Sie weisen allerdings ausdrücklich darauf hin, dass dieses Ergebnis nicht unbedingt als Beleg für die Wirkung der GRW-Förderung interpretiert werden kann.

Methodisch ist die Studie insofern bemerkenswert, als dort zum ersten Mal die Entwicklung der geförderten Betriebe mithilfe verlässlicher Angaben über einen längeren Zeitraum verfolgt werden konnte. Erreicht wurde dies durch die Verknüpfung der GRW-Förderdaten mit der Statistik des produzierenden Gewerbes. Sie lieferte nicht nur zuverlässige Daten zu den geförderten Betrieben, sondern erlaubte zudem eine eindeutige Trennung zwischen geförderten und nicht-geförderten Betrieben, so dass zusätzlich die Entwicklung beider Gruppen miteinander verglichen werden konnte.

Aufgrund datenschutzrechtlicher Einwände war eine Wiederholung und Fortschreibung dieser Arbeiten in den Folgejahren nicht möglich. Erst fast zwei Jahrzehnte später wurde von Koller/Schiebel/Schwarzenberger et al. (2004) ein neuer Versuch unternommen. Grundlage war nunmehr die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Insgesamt gesehen wird in dieser Untersuchung der Eindruck aus der Studie von Gräber/Holst/Schackmann-Fallis et al. (1987: 37 ff.), dass die geförderten Betriebe sich günstiger entwickeln, bestätigt. Gleichwohl ist die Aussagekraft der Ergebnisse, vermutlich aufgrund datentechnischer Schwierigkeiten, als eher vorläufig einzustufen. Die meisten Ergebnisse scheinen sich lediglich auf die Jahre 2001 bis 2003 zu beziehen, während der Zeitraum der erfassten Förderfälle von 1993 bis 2003 reicht.⁵

⁴ Nach Pellegrini/Centra (2006:23) ist die günstigere Beschäftigungsentwicklung der geförderten Betriebe in Italien nicht zuletzt auf einen Selektionsbias bei der Förderung zurückzuführen.

⁵ Etwa zeitgleich wurden einige weitere Studien am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) durchgeführt, die statt der gesamten Beschäftigtenstatistik lediglich das sogenannte IAB-Betriebspanel als Grundlage nutzen (das IAB-Panel ist eine Stichprobe von rund 16.000 aus insgesamt rund 2 Mio. Betrieben mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung; vgl. Fischer/Janik/Müller et al. 2008). Die Analyse beschränkt sich auf die Entwicklung der Investitionen im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands in den Jahren 1999 bis 2001. Kurz

Mit der Untersuchung, über deren Ergebnisse im Folgenden berichtet wird, wird die gleiche Forschungsstrategie wie bei Gräber/Holst/Schackmann-Fallis et al. (1987) und Koller/Schiebel/Schwarzenberger et al. (2004) verfolgt. Im Fokus der Analyse steht die Beschäftigungsentwicklung der Betriebe nach ihrer Förderung. Durch die Verknüpfung der GRW-Förderdaten mit der amtlichen Statistik sollen verlässliche und aktuelle Ergebnisse gewonnen werden, die – wie weiter unten noch erläutert wird – mit den üblicherweise verwendeten GRW-Förderdaten nicht ermittelt werden können.

Nicht untersucht werden in dieser Studie die *Ursachen* der Beschäftigungsentwicklung. Nach dem Sprachgebrauch der Bundeshaushaltsordnung und der Evaluationsforschung handelt es sich also um eine Zielerreichungs- und nicht um eine Wirkungskontrolle im eigentlichen Sinne. Allerdings wird in dieser Untersuchung auch ein Vergleich mit den nicht-geförderten Betrieben gezogen, so dass die Grundlagen für eine weitergehende Wirkungsanalyse gelegt werden und erste vorläufige Hinweise auf die Wirksamkeit der Förderung erkennbar werden.

Da die empirische Grundlage eine kritische Bedeutung für die Untersuchung hat, sollen im folgenden Kapitel zuerst kurz der Aufbau und die besonderen Merkmale des Datenmaterials erläutert werden. Die Ergebnisse der Untersuchung werden anschließend zuerst nach Jahrgangskohorten differenziert dargestellt (Kap. 3). Auf diese Weise kann berücksichtigt werden, dass die Betriebe zu unterschiedlichen Zeitpunkten und damit in unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Situationen gefördert worden sind. Zudem bietet die jahrgangsspezifische Betrachtung eine Möglichkeit, zwischen der kurz- und längerfristigen Entwicklung der geförderten Betriebe zu unterscheiden. Zum Abschluss (Kap. 4) werden die Förderfälle nach Regionen differenziert und mit der Entwicklung der übrigen Wirtschaft ihrer jeweiligen Region verglichen.

2 Empirische Grundlage

Als Ausgangspunkt für eine Analyse der geförderten Betriebe wird häufig die Statistik der bewilligten Förderfälle (GRW-Förderstatistik) gewählt, die vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) geführt wird. Wie an verschiedenen Stellen erläutert (z. B. Lammers/Niebuhr 2002: 13 ff.; Bundesrechnungshof 2006: 139), ist die GRW-Förderstatistik aber nur bedingt in der Lage, die Entwicklung der geförderten Betriebe abzubilden. Basis dieser

gefasst kommen die verschiedenen Arbeiten trotz unterschiedlicher Methodik einheitlich zu dem Ergebnis, dass in Ostdeutschland „die Förderung zu einer deutlichen Zunahme der Unternehmensinvestitionen beigetragen hat“ (Ragnitz 2003: 3).

Statistik sind die Angaben, die Unternehmen in den Förderanträgen für ein Förderprojekt machen. Zum Teil handelt es sich dabei um Planzahlen; zum Teil sind die Angaben zur tatsächlichen Entwicklung nur ungenau definiert; zum Teil bleibt unklar, inwieweit die Angaben der Unternehmen zur Verwendung der Fördermittel geprüft sind. Und schließlich kann bei Mehrfachförderungen nicht ausgeschlossen werden, dass die Angaben zum Betrieb wie z. B. die Zahl der alten und neuen Arbeitsplätze entsprechend mehrfach gezählt werden. Denn bei fast jedem dritten Investitionszuschuss handelt es sich, wie weiter unten noch erörtert wird, um eine Mehrfachförderung.

Ein weiteres Argument gegen die Verwendung der GRW-Förderstatistik ergibt sich aus der Forderung, die Entwicklung der Förderfälle anhand der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung beurteilen zu können. Die Angaben der Förderstatistik geben keinen Hinweis auf die Entwicklung der übrigen, nicht-geförderten Betriebe und lassen sich mit den Ergebnissen der amtlichen Statistik aus den genannten Gründen nicht vergleichen. Zudem sollten die Daten, um erhebungsbedingte Verzerrungen zu vermeiden, für die Geförderten wie die nicht-geförderten Betriebe aus derselben Erhebung stammen.

Ausgewählt für die Untersuchung wurde die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.⁶ Als Totalerhebung gewährleistet sie eine gleichmäßige und zuverlässige Erfassung aller Betriebe, also der Geförderten ebenso wie der nicht-geförderten. Zudem decken ihre Angaben 70 bis 80 % aller Erwerbstätigen ab (Wermter/Cramer 1988: 469; Lüken 2002: 169).

Notwendig für die Analyse der Geförderten Betriebe ist ihre Identifikation in der Beschäftigtenstatistik, die durch eine Verknüpfung mit der Förderstatistik hergestellt wird. Das Bindeglied zwischen beiden Erhebungen ist die Betriebsnummer, die jeder Arbeitgeber von der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Meldung seiner sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhält. Sie muss seit 2004 in den Förderanträgen angegeben werden. Für die Jahre davor wurde sie mithilfe verschiedener Quellen nachträglich erhoben.⁷

In die Untersuchung einbezogen wurden die Bewilligungsanträge der Jahre 1998 bis 2008. In diesem Zeitraum

⁶ Als Alternative käme am ehesten noch die Statistik des produzierenden Gewerbes infrage (vgl. Gräber/Holst/Schackmann-Fallis et al. 1987). Gegen ihre Verwendung spricht – neben der sektoralen Beschränkung – vor allem, dass kleine Betriebe mit weniger als 20 bzw. 50 Beschäftigten nur zum Teil berichtspflichtig sind. Da die Investitionsförderung vor allem von kleinen Betrieben in Anspruch genommen wird (Bade/Alm 2010: 28 ff.), werden die Geförderten Betriebe durch diese Statistik nur zu einem Teil erfasst.

⁷ Besonders hilfreich waren dabei die Vorarbeiten von Koller/Schiebel/Schwarzenberger et al. (2004). Zudem wurden andere Quellen wie z. B. die Verwendungsnachweise für die Recherche genutzt. Ein anderer Teil wurde durch die Bundesanstalt für Arbeit aufbereitet.

gab es insgesamt 38.561 Bewilligungen, von denen 37.741, also 97,4 %, eine Betriebsnummer zugeordnet werden konnte. Allerdings stammt ein Drittel der Bewilligungen (11.832) von Betrieben, die mehrfach einen Förderantrag gestellt hatten. Zudem ergab die Prüfung der Betriebsnummern, dass einige ungültig waren oder sich auf andere als den Geförderten Betrieb bezogen.⁸ Im Endergebnis konnten 23.516 der Betriebe, die von der GRW im Zeitraum 1998 bis 2008 gefördert wurden, in der Beschäftigtenstatistik identifiziert werden; das entspricht fast 90 % aller Geförderten Betriebe.

Verfügbar sind die Angaben der Beschäftigtenstatistik von 1999 bis 2008. Für die im Jahr 1998 Geförderten Betriebe kann die Beschäftigtenzahl also erst ab 1999 ausgewertet werden. Verwendet wird hier das sogenannte Quartalsmaterial zum 30. Juni, das die Zahl der im zweiten Quartal eines Jahres sozialversicherungspflichtig Beschäftigten angibt. Die Zahl aller in der Beschäftigtenstatistik ausgewiesenen Betriebe liegt im Jahresdurchschnitt zwischen 1999 und 2008 bei rund 2 Mio., die Zahl ihrer Beschäftigten bei knapp 26 Mio.

3 Die Beschäftigungsentwicklung nach Jahrgangskohorten

3.1 Geförderte Betriebe

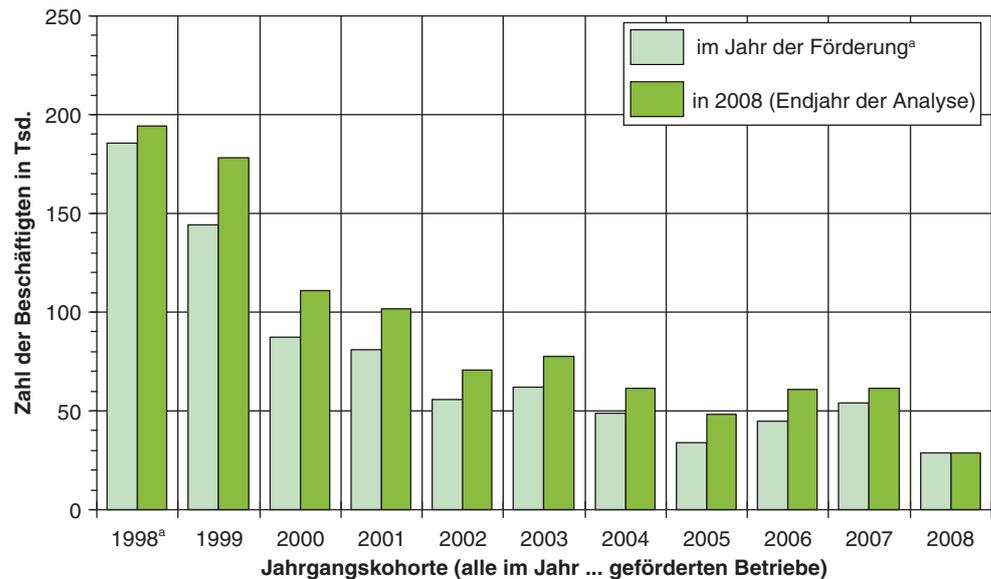
Zum (jeweiligen) Zeitpunkt ihrer Förderung waren in den 23.516 Geförderten Betrieben 826.684 Personen beschäftigt. Bis 2008, dem Ende des Untersuchungszeitraumes, ist die Zahl der Beschäftigten auf 993.939 angestiegen, was einem Zuwachs von 20,2 % entspricht. Allerdings lassen sich beide Beschäftigtenzahlen nicht ohne Weiteres aufeinander beziehen, denn die Betriebe sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten zum ersten Mal gefördert wurden. Folglich variiert nicht nur der Zeitraum, in dem sich die Beschäftigung bis zum Endjahr 2008 verändert hat, sondern es unterscheiden sich auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie beispielsweise die konjunkturelle Lage bei und nach der Förderung. Kurz skizziert gab es bis zum Ende der 1990er Jahre einen Konjunkturaufschwung. Mit dem Einbruch der „new economy“ 2001/2002 schwächte sich die Konjunktur merklich ab und sie hat sich erst ab 2005/2006 wieder erholt.

Um die Bedingungen zum Ausgangs- bzw. Förderzeitpunkt sowie in den darauf folgenden Jahren erfassen zu können, werden die Geförderten Betriebe nach dem Anfangsjahr ihrer (ersten⁹) Förderung in sogenannten *Jahrgangskohor-*

⁸ Zur Prüfung der angegebenen Betriebsnummern und zur Zuordnung der fehlenden Angaben vgl. Bade (2010: 3 ff.).

⁹ Bei Betrieben mit Mehrfachbewilligungen wird der Zeitpunkt der ersten Bewilligung als Beginn der Förderung zugrunde gelegt.

Abb. 1 Beschäftigung in den geförderten Betrieben nach Jahrgangskohorten. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)



^aFür die Kohorte 1998 ist die Beschäftigung im Jahr 1999 ausgewiesen.



ten gruppiert. Zudem bietet die kohortenspezifische Analyse die Möglichkeit, zwischen kurz- und längerfristigen Veränderungen zu unterscheiden.

Für jede der insgesamt elf Kohorten ist in Abb. 1 die Zahl der Beschäftigten sowohl zum jeweiligen Förderbeginn als auch zum Endjahr der Analyse dargestellt. Da die Daten der Beschäftigungsstatistik erst ab 1999 verfügbar sind, wird für die Kohorte 1998 ersatzweise ihre Beschäftigtenzahl im Jahr 1999 ausgewertet. Bei der letzten Kohorte, Förderung in 2008, ist definitionsgemäß der Anfangs- und Endbestand identisch, weshalb sie bei den weiteren Analysen der Beschäftigungsentwicklung nicht weiter berücksichtigt werden.

Die Untergliederung nach Kohorten lässt erkennen, dass die Zahl der Förderfälle seit Ende der 1990er Jahre sehr stark zurückgegangen ist. Nach 2002 hat sich die Entwicklung etwas stabilisiert und auf einem Niveau von rund 1.200 Betrieben mit rund 50.000 Beschäftigten eingependelt.¹⁰ Bezogen auf die Förderkohorte 1998 und ihren Anfangsbestand von rund 185.000 Beschäftigten (in 1999) ist die Förderung somit auf etwa ein Viertel der Betriebe und Beschäftigte gesunken.

Werden Anfangs- und Endbestand einer Kohorte miteinander verglichen, hat in jeder Kohorte die Beschäftigung zugenommen, ohne dass augenfällige Unterschiede zwischen den verschiedenen Jahrgängen erkennbar sind. Anders ist das Ergebnis bei einer relativen Betrachtung, bei der der Endbestand im Jahr 2008 auf den Anfangsbestand bezogen wird und zudem die Zahl der Jahre nach der Förderung berücksichtigt wird. Die – von der ‚Lebensdauer‘ einer

Kohorte unabhängige – durchschnittliche Veränderungsrate pro Jahr wird bestimmt durch

$$v_t = \left(\frac{b_{2008}}{b_t} \right)^{\frac{1}{2008-t}} - 1 \quad (1)$$

mit

t dem Jahr der Förderung (1999 für die 1998 geförderten Betriebe),

b_t der Beschäftigtenzahl in t der in t geförderten Betriebe und

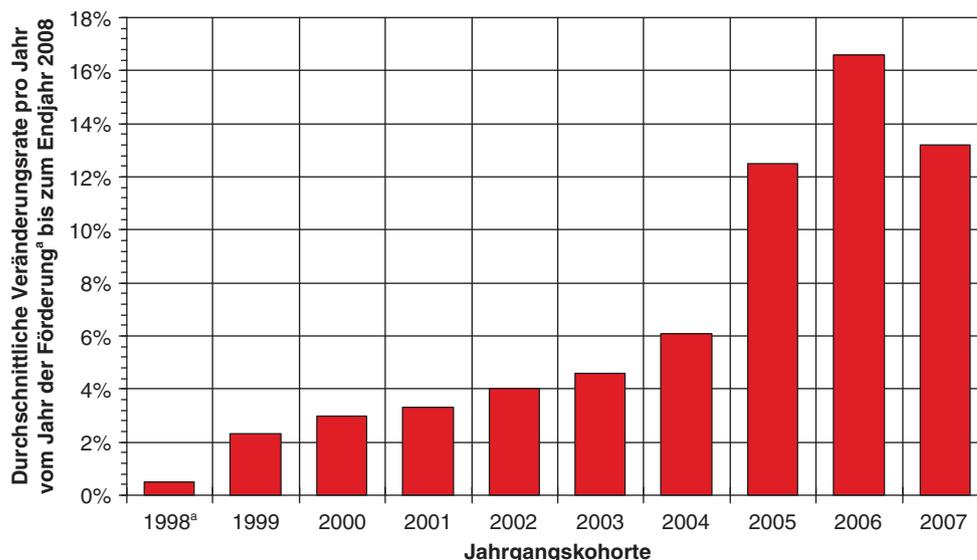
b_{2008} der Beschäftigtenzahl in 2008 der in t geförderten Betriebe.

Wird der Zeitraum seit dem Beginn der Förderung in die Berechnung aufgenommen, dann kommen sehr große Unterschiede zwischen den Kohorten zum Vorschein, die durch eine eindeutige Tendenz gekennzeichnet sind (vgl. Abb. 2). Je jünger die Kohorte, umso größer ist ihre Dynamik. Eine Ausnahme bildet lediglich die letzte Kohorte 2007, deren Zuwachs schwächer ausfällt als bei der vorhergehenden Kohorte. Die jährliche Veränderungsrate der 2007 geförderten Betriebe ist aber immer noch höher als die der übrigen Kohorten.

Für die Tendenz, dass die vor Kurzem geförderten Betriebe stärker wachsen als jene, deren Förderung schon länger zurückliegt, sind verschiedene Gründe denkbar. Eine Möglichkeit könnte sein, dass die Förderung an Investitionen geknüpft ist und investierende Betriebe vor allem dann ihren Kapitaleinsatz verstärken, wenn sie mit guten Wachstumsperspektiven rechnen. Mit der Kopplung an die Investitionen könnte folglich eine Selektion besonders dynamischer

¹⁰ Zu weiteren Einzelheiten vgl. Bade/Alm (2010: 54 ff.).

Abb. 2 Relative Beschäftigungsänderung in den geförderten Betrieben. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)



^aKohorte 1998: durchschnittliche jährliche Veränderungsrate 1999 bis 2008



Betriebe verbunden sein, deren Anfangsdynamik sich dann aber in den folgenden Jahren wieder abschwächen kann.

Denkbar ist auch ein „natürlicher Sterbeprozess“, wie er in der Gründungsforschung beobachtet werden kann (vgl. z. B. Fritsch 2008). Danach steigt die Zahl der Beschäftigten von Neugründungen zuerst einige Jahre lang, anschließend nimmt sie aber kontinuierlich wieder ab; nicht zuletzt deshalb, weil sich nur einige Neugründungen im Wettbewerb langfristig behaupten können. Außerdem können konjunkturelle Einflüsse eine Rolle spielen. Wie oben kurz skizziert, waren die Jahre 1998 bis 2001/2002 durch eine günstige Konjunkturlage geprägt. Angenommen, dass sich der konjunkturelle Abschwung auf alle Betriebe gleichermaßen auswirkt, ist die Ausgangsbeschäftigung der früh geförderten Jahrgänge folglich höher als die derjenigen Betriebe, die im und nach dem Konjunkturinbruch 2002 gefördert wurden. Denn ihnen wird eine durch den Abschwung verringerte Beschäftigung als Anfangsbeschäftigung bei der Berechnung zugrunde gelegt.

Beide zuletzt genannten Einflüsse gelten für alle und nicht nur für die geförderten Betriebe. Durch den folgenden Vergleich mit den nicht-geförderten Betrieben kann somit nicht nur geprüft werden, ob die geförderten Betriebe gemessen an der übrigen Wirtschaft insgesamt ein besonderes Beschäftigungswachstum aufweisen. Darüber hinaus liefert die Gegenüberstellung auch einen Hinweis darauf, dass die jüngeren Jahrgänge generell durch eine günstigere Beschäftigungsdynamik als die älteren gekennzeichnet sind.

3.2 Vergleich mit den nicht-geförderten Betrieben

Für den Vergleich werden alle Betriebe herangezogen, die im Untersuchungszeitraum 1998 bis 2008 keine GRW-För-

derung bekommen haben.¹¹ Diese werden – dem Jahr ihres Bestehens entsprechend – nach Jahrgangskohorten zusammengefasst und es wird ihre jeweilige Anfangs- und Endbeschäftigung (in 2008) berechnet. Zur Jahrgangskohorte 2001 beispielsweise gehören alle (nicht-geförderten) Betriebe, die 2001 existiert haben, also auch diejenigen, die bis 2008 stillgelegt wurden. Nicht dazu gerechnet werden die später, also erst nach 2001 gegründeten Betriebe; ihre Beschäftigtenzahlen im Endjahr 2008 können der Jahrgangskohorte der im Jahr 2001 bestehenden Betriebe definitionsgemäß nicht zugerechnet werden.

Tabelle 2 gibt klar zu erkennen, dass die günstige Entwicklung der geförderten Betriebe unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Förderung ist.¹² Bei allen Jahrgangskohorten hat sich die Beschäftigung in den geförderten Betrieben erheblich günstiger verändert als in der übrigen Wirtschaft. Während die geförderten Betriebe in allen Kohorten ihre Anfangsbeschäftigung ausgedehnt haben, hat sich die Beschäftigung in der übrigen Wirtschaft jedes Jahr verringert.

Die Tendenz, dass die jüngeren Kohorten eine günstigere Beschäftigungsentwicklung aufweisen, gilt auch für die übrige Wirtschaft: Die Betriebe, die zum Beginn der Untersuchungsperiode bestanden haben, haben ihre Beschäftigung um 3,4 % p.a. verringert. Danach werden die jahresdurchschnittlichen Verluste kontinuierlich kleiner. Die Kohorte

¹¹ Informationen darüber, ob die Betriebe in den Jahren vor 1998 und/oder durch andere Maßnahmen gefördert wurden, sind nicht verfügbar.

¹² Da die Daten der Beschäftigtenstatistik erst ab 1999 verfügbar sind, werden bei den weiteren Berechnungen die 1998 und 1999 geförderten Betriebe in einer Kohorte zusammengefasst.

Tab. 2 Beschäftigte in den geförderten und nicht-geförderten Betrieben. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)

Jahrgangskohorte	Zahl der Beschäftigten in den Kohorten					
	Geförderte Betriebe			Nicht-geförderte Betriebe		
	Förderjahr	2008	p.a.-Veränderung (%)	Förderjahr	2008	p.a.-Veränderung (%)
1999	329,9 ^a	372,1 ^a	+1,3 ^a	26.594,8	19.392,5	-3,4
2000	87,6	111,0	+3,0	26.856,9	20.133,2	-3,5
2001	81,2	101,7	+3,3	26.779,7	20.866,3	-3,5
2002	55,8	70,7	+4,0	26.502,0	21.605,3	-3,3
2003	61,8	77,3	+4,6	25.868,6	22.277,2	-2,9
2004	48,7	61,8	+6,1	25.417,8	23.045,2	-2,4
2005	34,1	48,5	+12,5	25.053,7	23.825,9	-1,7
2006	44,9	61,1	+16,6	25.197,1	24.620,5	-1,2
2007	54,2	61,3	+13,2	25.646,5	25.430,7	-0,8
2008	28,6	28,6		26.194,2	26.194,2	

^aeinschließlich der 1998 geförderten Betriebe

der 2007 bestehenden Betriebe hat bis 2008 nur noch um 0,8 % abgenommen.¹³

Allerdings fallen die Unterschiede zwischen den älteren und jüngeren Kohorten bei den nicht-geförderten Betrieben nicht so stark aus wie bei den geförderten. Infolgedessen wächst der Abstand zwischen beiden Gruppen im Laufe der Zeit. Bei den ältesten Kohorten liegen 5 bis 7 Prozentpunkte zwischen geförderten und nicht-geförderten Betrieben. Ab der Kohorte 2005 hat sich die Wachstumsdifferenz auf 14 und mehr Prozentpunkte vergrößert. Bedingt ist der zunehmende Abstand vor allem durch das starke Wachstum der zuletzt geförderten Betriebe, was die oben genannte These einer besonderen Selektion der geförderten Betriebe unterstützt.

Im Folgenden wird die Entwicklung der geförderten Betriebe nach Regionen differenziert betrachtet.¹⁴ Damit kann zum einen geprüft werden, ob der positive Gesamteindruck von ihrer Beschäftigungsentwicklung für alle

¹³ Durch den Ausweis der absoluten Zahlen in Tab. 2 ist darüber hinaus zu erkennen, dass bei den nicht-geförderten Betrieben der Anstieg der Beschäftigtenzahl von 2007 auf 2008 ausschließlich auf die Neugründungen zurückzuführen ist. 2008 lag die Gesamtzahl aller Beschäftigten (in den nicht-geförderten Betrieben) bei 26,2 Mio., während die Beschäftigung in der Kohorte 2007 von 25,6 Mio. (2007) auf 25,4 Mio. (2008) gesunken ist. Die Differenz zur Gesamtzahl aller Beschäftigten in 2008 von rund 764.000 Beschäftigten ist also ausschließlich durch die Neugründungen in 2008 bedingt.

¹⁴ Verwendet werden die von der Gemeinschaftsaufgabe definierten Arbeitsmarktregionen; vgl. Deutscher Bundestag (2007: 286). Im Untersuchungszeitraum wurde das Fördergebiet mehrfach neu abgegrenzt. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen Westdeutschland; dort wurde das Fördergebiet insbesondere im Jahr 2000 erheblich reduziert; vgl. Deutscher Bundestag (2001: 18 f.).

Regionen Deutschlands zutrifft. Zum anderen wird dadurch auch der Vergleichsmaßstab geschärft. Bislang sind *alle* nicht-geförderten Betriebe Deutschlands zugrunde gelegt worden, also auch Betriebe in solchen Regionen, in denen überhaupt keine Förderung möglich ist. Zudem hat sich die Beschäftigung in den Regionen der Bundesrepublik sehr unterschiedlich entwickelt.¹⁵ Durch den Vergleich mit der eigenen Region lassen sich somit regionale Besonderheiten berücksichtigen, die sowohl die geförderten als auch die nicht-geförderten Betriebe betreffen.

4 Regionale Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung

4.1 Geförderte Betriebe

Da die Darstellung nach Kohorten für den Vergleich von Regionen zu unübersichtlich ist, werden im Folgenden die Veränderungsdaten der einzelnen Kohorten zu einem einzigen Maß für die *Gesamtentwicklung* zusammengefasst. Verwendet wird dazu der Durchschnitt über alle zehn Kohorten des Untersuchungszeitraumes. Dabei ist zu beachten, dass die Kohorten unterschiedlich groß sein können und sich entsprechend unterschiedlich stark in der regionalen Gesamtentwicklung bemerkbar machen. Berechnet wird deshalb der gewichtete Mittelwert, bei dem die Veränderungsrate einer Kohorte (v_t) mit ihrer Beschäftigtenzahl zum Ausgangsjahr (b_t) in die Berechnung eingeht:

$$\bar{v} = \frac{1}{\sum_{1998}^{2007} b_t} \sum_{1998}^{2007} v_t \cdot b_t \quad (2)$$

Im Durchschnitt über alle zehn Kohorten beträgt die jährliche Zuwachsrate der geförderten Betriebe +4,6 %. Aufgrund der weitaus größeren Zahl von Förderfällen in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraumes fällt der Mittelwert über alle Kohorten relativ niedrig aus.

Nach Arbeitsmarktregionen differenziert¹⁶ (vgl. Abb. 3) bestätigt sich der insgesamt positive Eindruck von der Beschäftigungsentwicklung der geförderten Betriebe. Aller-

¹⁵ Nach eigenen Auswertungen der Daten der Beschäftigtenstatistik ist in 10 % aller Arbeitsmarktregionen die Gesamtbeschäftigung zwischen 1999 und 2008 um (mindestens) rund 29 % zurückgegangen. Umgekehrt hatten 10 % aller Regionen einen Zuwachs von mindestens 20 %.

¹⁶ Für die Auswertungen nach Arbeitsmarktregionen war eine Anpassung an den Gebietsstand vom 31.12.2008 notwendig, weil sich die Angaben der Beschäftigtenstatistik für das Jahr 2008 auf diesen Gebietsstand beziehen. Sie decken sich deshalb nicht mehr mit den Grenzen der Arbeitsmarktregionen, die nach den Kreisgrenzen des Gebietsstandes 2005 festgelegt wurden. Betroffen sind die beiden Bundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen, deren Arbeitsmarktregionen für diese Auswertung neu abgegrenzt werden mussten.

- Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in % -

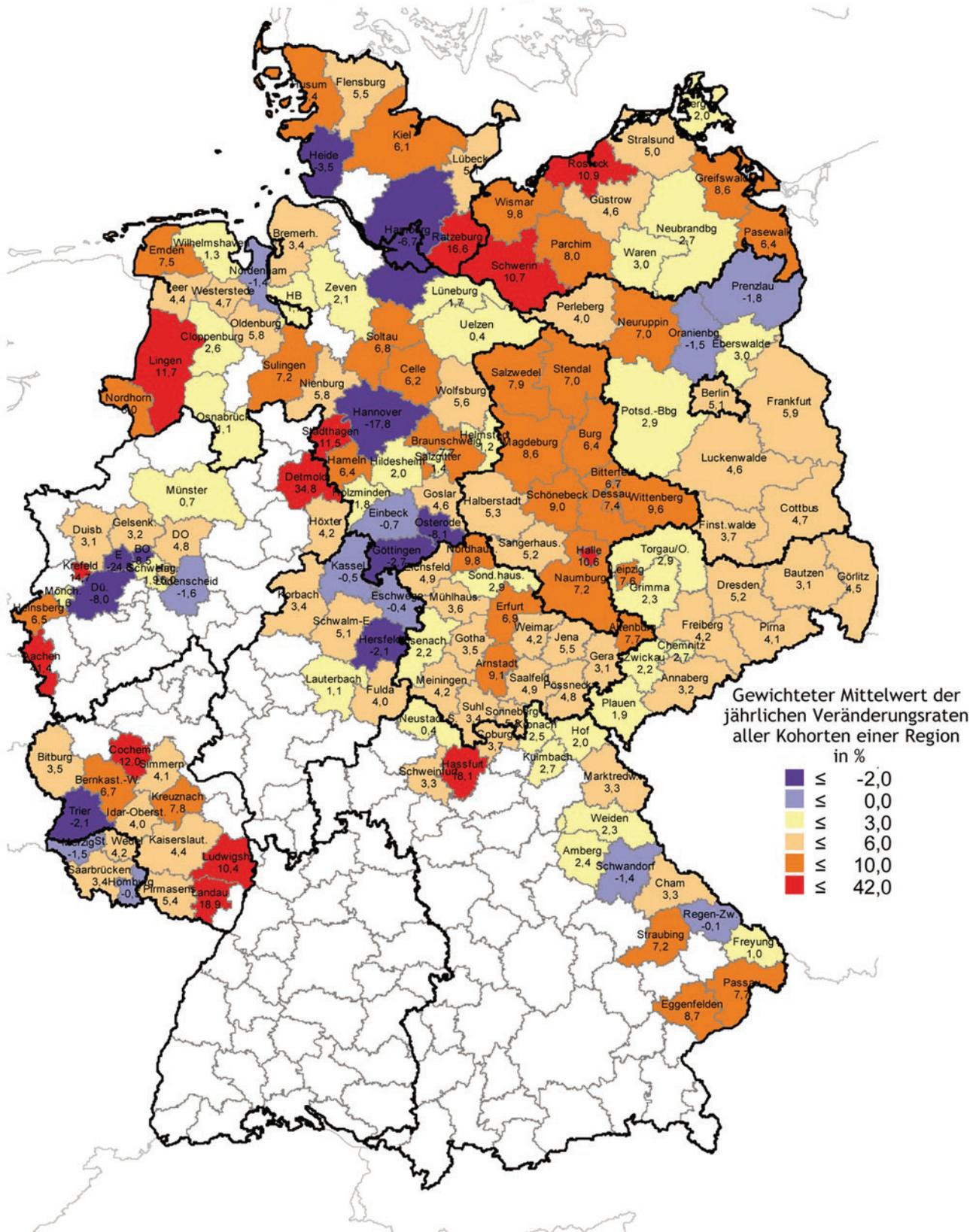


Abb. 3 Die Beschäftigungsentwicklung in den geförderten Betrieben nach Arbeitsmarktregionen. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)

Tab. 3 Häufigkeitsverteilung der Veränderungsrate geförderter Betriebe nach Arbeitsmarktregionen. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)

	Zahl der geförderten Arbeitsmarktregionen	Davon mit Be- schäftigungsverlust in den geförderten Betrieben bis 2008	Auswertung nach Perzentilen und Quartilen: In ...				
			Einem Zehntel	Einem Viertel	Der Hälfte	Drei Viertel	Neun Zehntel
Aller geförderten Arbeitsmarktregionen liegt die jährliche Veränderungsrate ^a bei höchstens ... (%)							
Deutschland insgesamt	158	22	-1,4	+2,0	+4,2	+6,7	+9,3
Ostdeutschland	63	2	+2,4	+3,2	+4,8	+7,2	+9,1
Westdeutschland	95	20	-2,1	+1,0	+3,4	+6,2	+10,1

^aGewichteter Mittelwert der jährlichen Veränderungsrate aller Kohorten

dings lässt die Karte auch erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen erkennen; die günstige Entwicklung gilt also nicht für jede Förderregion gleichermaßen. Im ungünstigsten Fall wurde die Beschäftigung sogar um 100 % reduziert, alle in den Kohorten erfassten Betriebe wurden demnach stillgelegt.

Selbst wenn der vollständige Verlust¹⁷ nur einmal vorkommt, bleiben immerhin 22 Arbeitsmarktregionen, deren geförderte Betriebe zum Ende 2008 weniger Beschäftigte hatten als zum Beginn der Förderung (vgl. Tab. 3, Spalte 3). Nach Perzentilen ausgewertet hatten in 10 % aller 158 Arbeitsmarktregionen, in denen zwischen 1998 und 2008 von der GRW Investitionszuschüsse bewilligt wurden, die geförderten Betriebe bis 2008 einen jährlichen Beschäftigungsverlust von 1,4 %. Auf der anderen Seite haben aber auch 10 % aller Regionen ein Wachstum von mindestens 9,3 % p.a. erzielt.

Besonders günstig schneiden die Regionen in Ostdeutschland ab (vgl. Tab. 3). Von den insgesamt 63 Arbeitsmarktregionen haben lediglich zwei einen Beschäftigungsverlust erlitten: Oranienburg mit einer p.a.-Veränderungsrate von -1,5 % und Prenzlau mit -1,8 %. Am oberen Ende hat jede zehnte ostdeutsche Arbeitsmarktregion einen jährlichen Zuwachs von mindestens 9,1 %. In jeder zweiten sind die geförderten Betriebe um fast 5 % (+4,8 %) im Jahresdurchschnitt gewachsen.

Im Westen ist das Bild wesentlich stärker gemischt. Auf der einen Seite liegen dort die Regionen mit den höchsten Zuwachsraten; zehn Regionen haben einen Zuwachs von mehr als 10 %. Ihr Anteil (10,5 %) übertrifft damit klar den Wert für Ostdeutschland, wo lediglich 4,8 % (drei Regionen) eine entsprechende Zuwachsrate erreicht haben. Auf der anderen Seite kommen dort die Regionen, in denen die Beschäftigung in den geförderten Betrieben im Vergleich zum Förderzeitpunkt abgenommen hat, wesentlich häufiger vor. In insgesamt 20 Regionen ist die Veränderungsrate

negativ, was einem Anteil von 21,1 % an allen geförderten Arbeitsmarktregionen in Westdeutschland entspricht; in Ostdeutschland liegt der Anteil wie oben erwähnt bei 3,2 %.

In Abb. 3 lassen sich zudem andere großräumige Muster erkennen: Eine durchweg hohe Zunahme hatten die geförderten Betriebe vor allem in Sachsen-Anhalt und zum größeren Teil auch in Mecklenburg-Vorpommern. In Thüringen und Sachsen fiel der Beschäftigungsanstieg eher durchschnittlich (gemessen an allen geförderten Betrieben) aus. Ähnlich war die Entwicklung in Brandenburg, das aber daneben auch die beiden o. g. Arbeitsmarktregionen umfasst, deren geförderte Betriebe bis 2008 an Beschäftigten verloren haben.

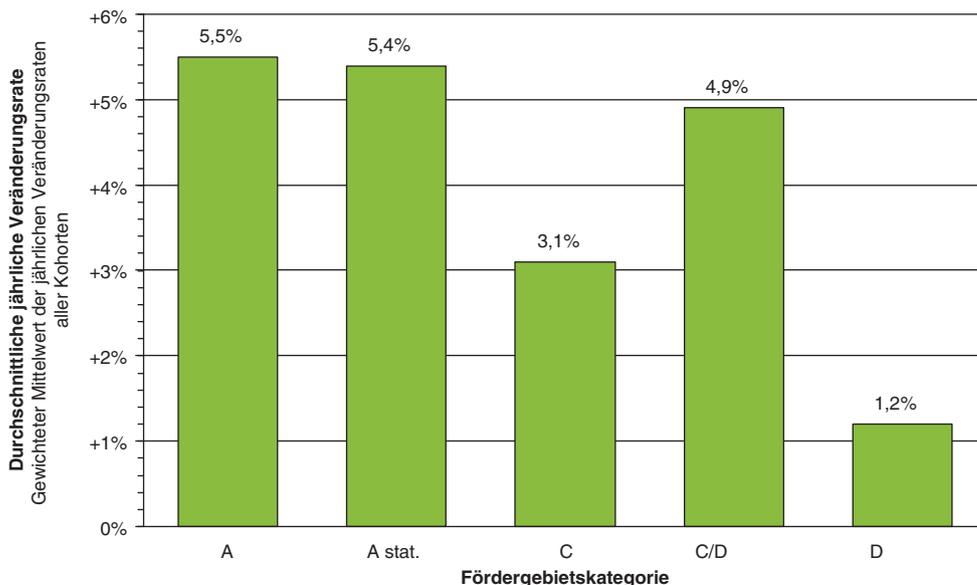
Die Ost-West-Unterschiede kommen auch in der Zusammenfassung nach Fördergebietskategorien zum Ausdruck (vgl. Abb. 4).¹⁸ Die A-Fördergebiete („Gebiete mit ausgeprägtem Entwicklungsrückstand nach Art. 87, 3a EG-Vertrag“), die alle in den neuen Bundesländern liegen und am stärksten gefördert werden, haben mit 5,5 % p.a. im Durchschnitt über alle Förderkohorten den höchsten Zuwachs erreicht. Nur wenig niedriger war das Wachstum in den „vom statistischen Effekt betroffenen“ A-Fördergebieten (A stat.), die, mit Ausnahme der Arbeitsmarktregion Uelzen, alle zu den neuen Bundesländern gehören und die gleichen Höchstfördersätze wie die A-Kategorie haben.

Die Regionen der übrigen Förderkategorien, in denen nur geringere Höchstfördersätze möglich sind, liegen alle in den alten Bundesländern. Eine Ausnahme macht Berlin, das der Kategorie C/D zugeordnet ist und durch seine Größe das Gesamtergebnis dieser Kategorie sehr stark prägt. Das Wachstum der geförderten Betriebe in Berlin liegt mit 5,1 % p.a. nahe an den A-Fördergebieten; entsprechend hoch ist der Wert dieser Kategorie (4,9 %). In den restlichen Förderregionen ist die Zunahme eindeutig schwächer. In der Kategorie D, bei der lediglich kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden dürfen, liegt der Beschäftigungszuwachs gerade bei 1,2 %.

¹⁷ Die Förderung in der Region Daun beschränkte sich auf das Jahr 1999; danach schied sie aus dem Fördergebiet aus.

¹⁸ Vgl. Deutscher Bundestag (2007: 19 ff.).

Abb. 4 Die Beschäftigungsentwicklung in den geförderten Betrieben nach Fördergebietskategorien. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)



4.2 Vergleich mit den nicht-geförderten Betrieben

Die einfachste Variante, die Gesamtentwicklung der geförderten Betriebe mit der übrigen Wirtschaft zu vergleichen, bietet Tab. 4. Dort wird für jede Fördergebietskategorie die Veränderung ihrer *Gesamtbeschäftigung* (also aller, der geförderten wie der nicht-geförderten Betriebe) zwischen 1999 und 2008 als Bezug herangezogen. Daran gemessen wird der ohnehin günstige Eindruck von der Entwicklung der geförderten Betriebe noch verstärkt: Diese haben nicht nur wie erläutert ihre Beschäftigtenzahlen ausdehnen können, sondern die Zunahme ist darüber hinaus auch eindeutig besser als die Entwicklung der jeweiligen regionalen Gesamtbeschäftigung, die in allen Fördergebieten abgenommen bzw. – in der Kategorie D – stagniert hat.

Tab. 4 Beschäftigungsentwicklung in den geförderten Betrieben im Vergleich zur regionalen Gesamtentwicklung nach Fördergebietskategorie (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)

Fördergebiets-Kategorie	Geförderte Betriebe Gewichteter Mittelwert der p.a.-Veränderungsraten aller Kohorten (%)	Alle Betriebe		p.a.-Veränderungsrate (%)
		Beschäftigte in Tsd. 1999	Beschäftigte in Tsd. 2008	
A	+5,5	3.238,1	2.620,3	-2,3
A stat.	+5,4	1.096,6	923,6	-1,9
C	+3,1	3.072,4	3.021,1	-0,2
C/D	+4,9	1.971,9	1.881,3	-0,5
D	+1,2	1.861,2	1.865,8	+0,0
Alle Kategorien	+4,6	11.240,1	10.312,1	-1,0

Allerdings ist die Gesamtbeschäftigung als Vergleichsmaßstab nur wenig geeignet. Darin sind auch die geförderten Betriebe enthalten, wobei die praktische Bedeutung dieses Einwandes nicht zu hoch eingeschätzt werden sollte. Der Anteil der geförderten Betriebe an der regionalen Gesamtbeschäftigung beträgt in der Hälfte aller Arbeitsmarktregionen weniger als 7,5 %; selbst in Extremfällen – Nordenham im Westen und Bitterfeld im Osten – geht der Anteil nicht über 21,2 % und 17,5 % hinaus.

Praktisch wichtiger ist der Aspekt, dass die geförderten Betriebe in Kohorten betrachtet werden und ihre jeweilige Beschäftigungsveränderung erst ab dem Zeitpunkt ihrer Förderung berechnet wird. Die Beschäftigungsentwicklung der nicht-geförderten Betriebe einer Region ist deshalb ebenfalls nach Jahrgangskohorten zu differenzieren. Analog zu der Berechnung für Deutschland insgesamt ist somit für jede Region und für jedes Jahr der jeweilige Bestand an Betrieben zu ermitteln sowie die durchschnittliche jährliche Rate zu bestimmen, mit der sich die Beschäftigtenzahl dieses Bestandes bis zum Endjahr 2008 verändert hat.

Darüber hinaus muss bei der Berechnung des Durchschnitts der Kohorten-Veränderungsraten beachtet werden, dass die Jahrgangskohorten der nicht-geförderten Betriebe – im Unterschied zu den geförderten – zu einem großen Teil aus denselben Betrieben bestehen.¹⁹ Die Kohorten zweier Jahre unterscheiden sich lediglich durch diejenigen Betriebe, die zum einen zwischen den beiden Jahren neu hinzugekommen und zum anderen stillgelegt worden oder

¹⁹ Bei den geförderten Betrieben ist eine Doppelzählung ausgeschlossen; es wird jeder Betrieb nur einmal einer Kohorte, dem Jahr seiner Förderung entsprechend, zugeordnet. Wurde er mehrmals gefördert, erfolgt die Zuordnung nach dem Jahr der ersten Bewilligung; vgl. Fußnote 9.

abgewandert sind. Die Veränderung eines Betriebes, der z. B. schon 1999 bestanden hat, wird folglich nicht nur in die Veränderungsrate des Jahrganges 1999, sondern auch, sofern er noch besteht, in alle folgenden Kohorten einfließen. Um Mehrfach-Zählungen zu vermeiden, dürfen die bestehenden Betriebe nur einmal berücksichtigt werden, das heißt, bei den Kohorten nach 1999 werden nur die *Neugründungen*²⁰ des jeweiligen Jahres erfasst.²¹

Die Berechnung der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate entspricht grundsätzlich dem oben erläuterten vt. Allerdings verändert sich die Definition der Beschäftigtenzahl: Im Jahr 1999 wird der Bestand aller nicht-geförderten Betriebe zugrunde gelegt, in den Jahren danach nur noch die Neugründungen.

$$w_t = \left(\frac{b_{2008}}{b_t} \right)^{\frac{1}{2008-t}} - 1 \quad (3)$$

mit

t von 1999 bis 2008,
 b_{1999} der Beschäftigtenzahl in den 1999 bestehenden nicht-geförderten Betrieben und
 $b_{2000}, \dots, b_{2008}$ der Beschäftigtenzahl der in t neugegründeten Betriebe (vgl. Fußnote 20).

Die Gesamtentwicklung der nicht-geförderten Betriebe ergibt sich wie bisher aus dem gewichteten Mittelwert der Veränderungsraten (w_t) aller neun Kohorten:

$$\bar{w} = \frac{1}{\sum_{1999}^{2007} b_t} \sum_{1999}^{2007} w_t \cdot b_t \quad (4)$$

mit

b_t als der Zahl der Beschäftigten der jeweiligen Kohorte nicht-geförderter Betriebe im Jahr t.

Eine erste Gegenüberstellung der Entwicklung von geförderten und nicht-geförderten Betrieben bietet Abb. 5, die für jede der geförderten Arbeitsmarktregionen die Differenz zwischen beiden Veränderungsraten in Prozentpunkten zeigt. Die größten Abweichungen zeigen die ostdeutschen Regionen, bei denen die Veränderungs-

rate der geförderten durchweg die der nicht-geförderten Betriebe übertrifft.

Im Westen ist das Bild wiederum weniger einheitlich: Auf der einen Seite gibt es hier eine Reihe von Regionen, bei denen die Differenz negativ ausfällt; die geförderten Betriebe haben sich ungünstiger als die nicht-geförderten Betriebe entwickelt. Zudem gibt es ziemlich viele Regionen mit einer nur kleinen positiven Differenz. Auf der anderen Seite liegen hier aber auch die beiden Spitzenreiter Aachen und Detmold. Allerdings beschränkt sich die Förderung in beiden Regionen auf einige wenige Betriebe; ihre Veränderungsrate sind somit durch Einzelfälle geprägt und deshalb wenig typisch.

Eine erste Erklärung für diese großen Differenzen wird durch Abb. 6 erkennbar. Dort wird jede der geförderten Arbeitsmarktregionen mit beiden Veränderungsrate dargestellt. Die Beschäftigungsentwicklung der geförderten Betriebe ist auf der vertikalen Achse abgetragen. Die meisten Punkte sind oberhalb der 0 %-Linie eingezeichnet, also hat in diesen Regionen die Beschäftigung in den geförderten Betrieben bis 2008 zugenommen. Durch die farbliche Markierung wird darüber hinaus ersichtlich, dass nur zwei der Regionen mit einem Beschäftigungsverlust in Ostdeutschland liegen und die Bandbreite der Veränderungsrate relativ schmal ausfällt. Im Vergleich dazu sind die westdeutschen Regionen durch eine erheblich größere Heterogenität gekennzeichnet; sie besitzen nicht nur die höchsten, sondern auch die niedrigsten Veränderungsrate.

Auf der horizontalen Achse ist die Beschäftigungsentwicklung der nicht-geförderten Betriebe abgebildet, die durchweg ungünstig ausgefallen ist. Alle Fördergebietsregionen liegen links von der 0 %-Linie; das heißt, die Beschäftigung in den nicht-geförderten Betrieben ist gesunken. Besonders betroffen sind die ostdeutschen Regionen. In der Abbildung bilden sie einen Punktehaufen, dessen Schwerpunkt eindeutig links von der Gruppe der westdeutschen Regionen liegt.

Das Verhältnis zwischen geförderten und nicht-geförderten Betrieben lässt sich an der Lage und an dem Abstand einer Region zu der Diagonalen erkennen, auf der beide Veränderungsrate den gleichen Wert haben. Links oberhalb von der Diagonalen ist die Entwicklung der geförderten Betriebe günstiger, rechts unterhalb entsprechend ungünstiger. Bis auf einige wenige (westdeutsche) Ausnahmen liegen alle Regionen oberhalb der Diagonalen; die Veränderungsrate der geförderten Betriebe ist dort also größer als die der nicht-geförderten Betriebe. Je weiter der Abstand zur Diagonalen, desto besser haben die geförderten Betriebe im Vergleich zu den übrigen Betrieben abgeschnitten, was insbesondere für die meisten ostdeutschen Regionen zutrifft. Durch ihre Lage in dem Koordinatensystem ist erkennbar, dass dieses Ergebnis durch die ver-

²⁰ „Neugründung“ wird hier definiert aus der Sicht der Zielregion, das heißt, neben den Neugründungen im eigentlichen Sinne zählen dazu auch die Betriebe, die in die Region zugewandert sind.

²¹ Alternativ könnten zur Bestimmung der Gesamtentwicklung auch einfach nur die beiden Summen über die jeweiligen Anfangs- bzw. Endbestände aller neun Kohorten gebildet und dann anschließend die durchschnittliche Veränderungsrate je Jahr aus dem Quotient beider Summen berechnet werden. Allerdings würde dabei jede Kohorte unabhängig von ihrem Alter gleichmäßig in die Berechnung eingehen, während bei den geförderten Betrieben genau danach differenziert wird. Aus systematischen Gründen wird deshalb dem gewichteten Mittelwert der Veränderungsrate der Vorzug gegeben.

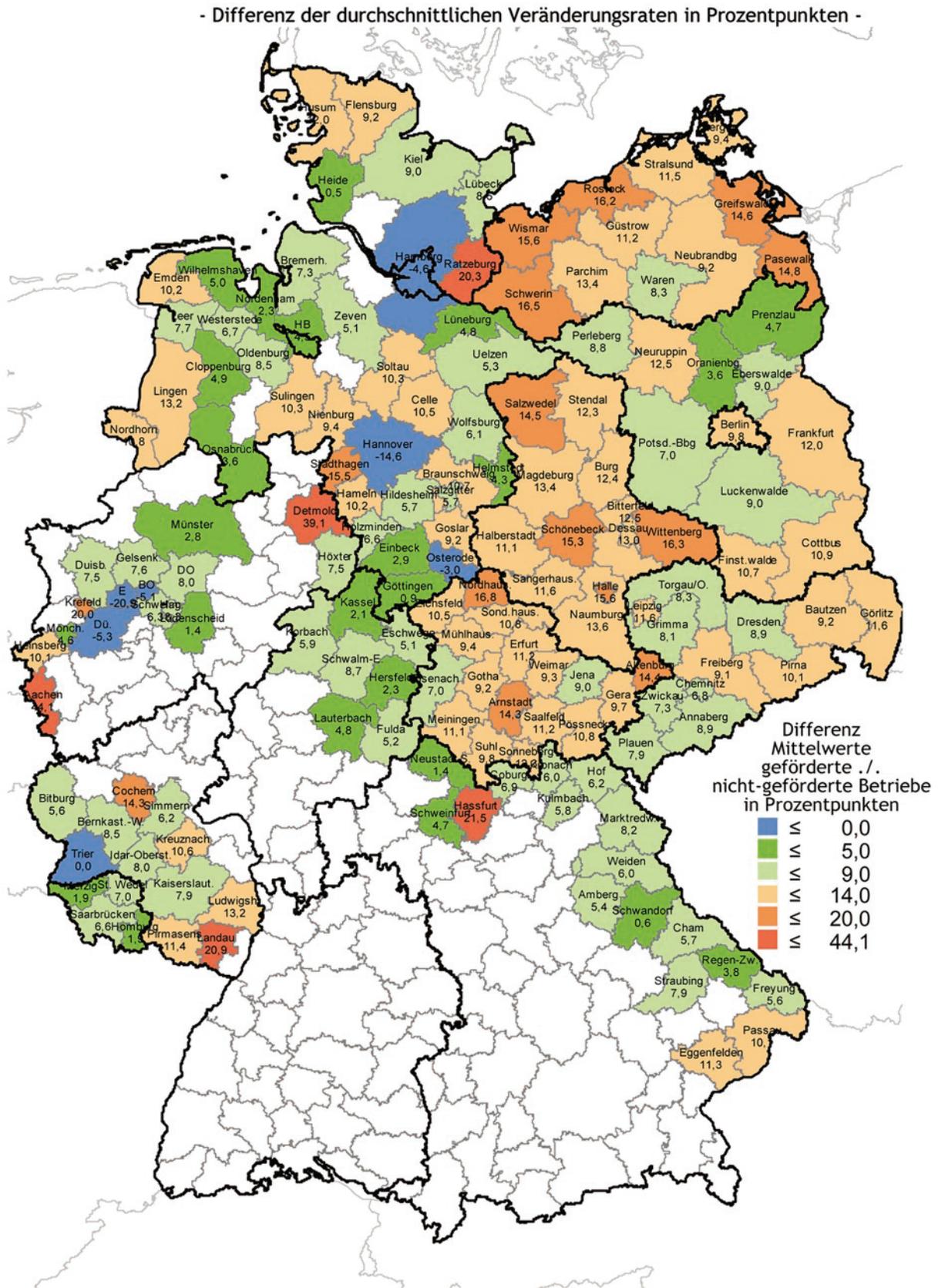


Abb. 5 Wachstumsdifferenz zwischen geförderten und nicht-geförderten Betrieben in Arbeitsmarktregionen mit geförderten Betrieben. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)

Abb. 6 Vergleich der Beschäftigungsentwicklung von geförderten und nicht-geförderten Betrieben nach Arbeitsmarktregionen. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)

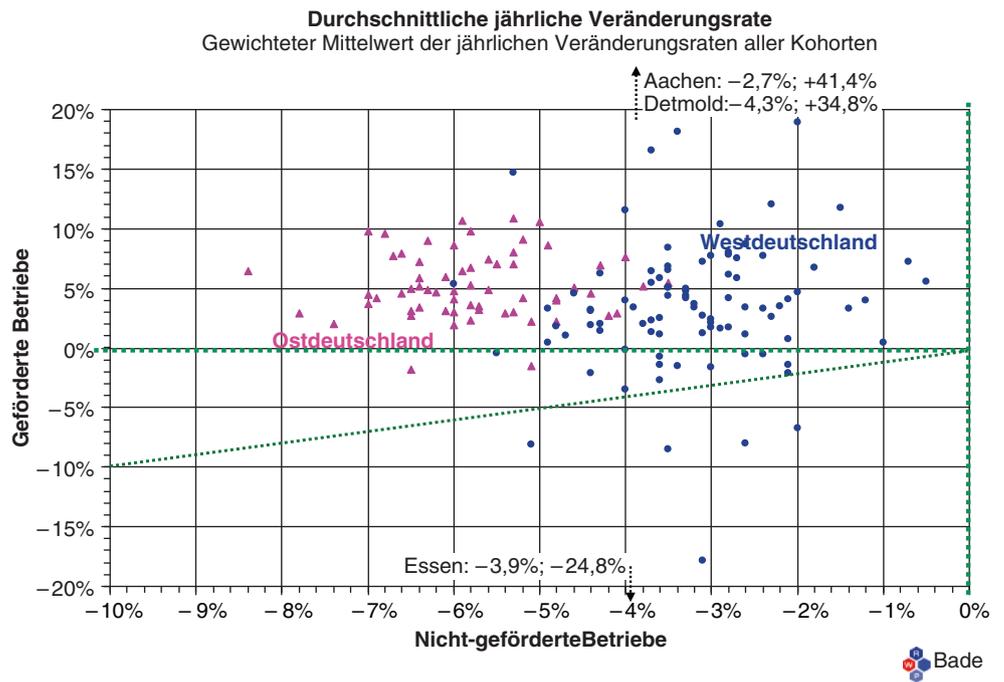
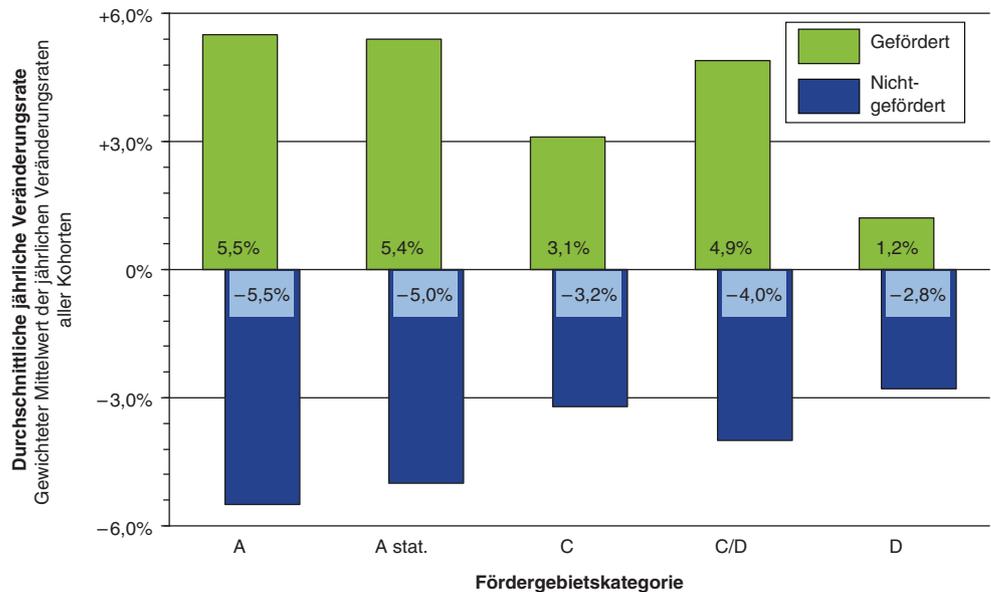


Abb. 7 Vergleich der Beschäftigungsentwicklung von geförderten und nicht-geförderten Betrieben nach Fördergebietskategorien. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)



gleichsweise ungünstige Entwicklung der nicht-geförderten Betriebe bedingt ist.

Eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse bietet Abb. 7, in der die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der Beschäftigung in den geförderten und nicht-geförderten Betrieben getrennt nach Fördergebietskategorien gegenübergestellt werden. Erstens ist, wie oben erläutert, die Entwicklung der geförderten Betriebe gerade in den Fördergebieten mit den größten wirtschaftlichen Problemen besonders günstig. Mit einem jährlichen Zuwachs von rund 5,5 % übertreffen die A-Fördergebiete (einschließ-

lich der „vom statistischen Effekt betroffenen“ Regionen (A stat.)) eindeutig alle anderen Fördergebiete.

Zweitens ist dieser Erfolg insofern bemerkenswert, als darüber hinaus auch der Wachstumsvorsprung gegenüber den nicht-geförderten Betrieben in diesen beiden Fördergebietskategorien eindeutig am größten ist: Mit 10 bis 11 Prozentpunkten p.a. fällt die Differenz fast doppelt so groß aus wie in den übrigen Regionen. Wie oben erläutert liegt der Grund dafür nicht nur in dem starken Wachstum der geförderten Betriebe. Zu einem Teil kann der Wachstumsvorsprung mit dem überdurchschnittlichen Beschäftigungs-

verlust der nicht-geförderten Betriebe erklärt werden, der rund – 5 % p.a. in den beiden A-Fördergebietskategorien beträgt – gegenüber sonst rund – 3 bis – 4 % p.a.

4.3 Der Einfluss der sektoralen Struktur auf die Beschäftigungsentwicklung der geförderten Betriebe

Neben der regionalen Differenzierung lässt sich die Auswahl auch in sektoraler Hinsicht eingrenzen: Eine Förderung ist nicht in allen Wirtschaftszweigen möglich.²² Dabei lässt sich auch hier wieder zwischen einer grundsätzlichen und einer tatsächlichen Beschränkung unterscheiden. Bei der letzteren würden nur solche Wirtschaftszweige in Betracht gezogen, in denen tatsächlich ein Betrieb gefördert wurde.²³ Schließlich lassen sich sektorale und regionale Eingrenzungen miteinander verknüpfen. Im Extremfall könnten beispielsweise nur die nicht-geförderten Betriebe eines Wirtschaftszweiges betrachtet werden, die ihren Standort in einer Gemeinde haben, in der ein Betrieb des gleichen Wirtschaftszweiges gefördert worden ist.

Für die günstige Entwicklung der geförderten Betriebe kommen verschiedene Ursachen in Frage, deren Diskussion jedoch den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde.²⁴ Wegen der Bedeutung, die im Allgemeinen der sektoralen Struktur als Grund für Wachstumsunterschiede zugemessen wird, soll zum Abschluss untersucht werden, ob das besondere Wachstum der geförderten Betriebe nicht zuletzt auch dadurch verursacht sein könnte, dass sie überproportional expansiven Branchen angehören.

Die Bedeutung der sektoralen Struktur wird im Folgenden mit der Berechnung einer *Strukturkomponente* geprüft, die die geförderten Betriebe nach dem Anteil der wachsenden und schrumpfenden Wirtschaftszweige bewertet. Je größer der Anteil der wachsenden/schrumpfenden Branchen, umso besser/schlechter sollte *ceteris paribus* die Beschäftigungsentwicklung in den geförderten Betrieben ausfallen.

Methodisch umgesetzt wird diese einfache Überlegung dadurch, dass für jeden geförderten Betrieb hypothetisch berechnet wird, wie groß seine Beschäftigung zum Endzeitpunkt 2008 gewesen wäre, wenn er mit der durchschnittlichen Wachstumsrate seines jeweiligen Wirtschaftszweiges im Vergleichsraum gewachsen wäre:²⁵

²² Die Förderung beschränkt sich vor allem auf Wirtschaftszweige mit einem überregionalen Absatz; vgl. Deutscher Bundestag (2007: 233, „Positivliste“) bzw. Deutscher Bundestag (2007: 47 f., „Negativliste“).

²³ Die Zuordnung nach Wirtschaftszweigen erfolgt gemäß der Angabe in der Beschäftigtenstatistik, die in einigen Fällen von der Angabe im Förderantrag abweicht; vgl. Bade/Alm (2010: 18 ff.).

²⁴ Zu der Frage, ob die GRW-Förderung einen ursächlichen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung hatte, vgl. Alm/Bade (2010).

²⁵ Zugrunde gelegt wird eine Gliederung in 65 Wirtschaftszweige, die sich an der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)

$$b_t^{\text{hyp}} = b_t \cdot \left(\frac{B_{2008}}{B_t} \right) \quad (5)$$

mit

t dem Jahr der Förderung,

b_t der Beschäftigtenzahl des geförderten Betriebes im Ausgangsjahr t,

B_t der Beschäftigtenzahl des Wirtschaftszweiges im Vergleichsraum im Ausgangsjahr t und in 2008.

Ausgangspunkt für die weiteren Berechnungen ist die *Summe* dieser hypothetischen Beschäftigtenzahlen b_t^{hyp} aller geförderten Betriebe einer Kohorte. Durch den anschließenden Bezug zum Ausgangsbestand aller Kohorten wird somit eine hypothetische Veränderungsrate errechnet, die sich dann ergeben hätte, wenn jeder Betrieb wie in Gleichung (5) beschrieben gewachsen wäre. Ist die hypothetische Veränderung der Kohorte größer/kleiner als die des Vergleichsraumes, dessen Wirtschaftszweige für die Berechnung der hypothetischen Veränderungen verwendet wurden, dann müssen die geförderten Betriebe offensichtlich eine günstigere/ungünstigere Struktur als der Referenzraum gehabt haben.

Etwas erschwert wird die im Grunde einfache Berechnung dadurch, dass die Entwicklung der Betriebe wie oben erläutert nach kohortenspezifischen jährlichen Veränderungsrate berechnet wird. Daraus folgt, dass auch die Berechnung der hypothetischen Beschäftigtenzahl nach Kohorten getrennt erfolgen muss.²⁶ Die Summe der hypothetischen Veränderungen ergibt sich deshalb aus der Addition sowohl über die Wirtschaftszweige als auch über die zehn Kohorten.

$$b^{\text{hyp}} = \sum_s \sum_{t=1998}^{2007} {}_s b_t \cdot \left(\frac{{}_s B_{2008}}{{}_s B_t} \right) \quad (6)$$

mit

t dem Jahr der Förderung,

b_t der Beschäftigtenzahl in t des in t geförderten Betriebes des Wirtschaftszweiges s,

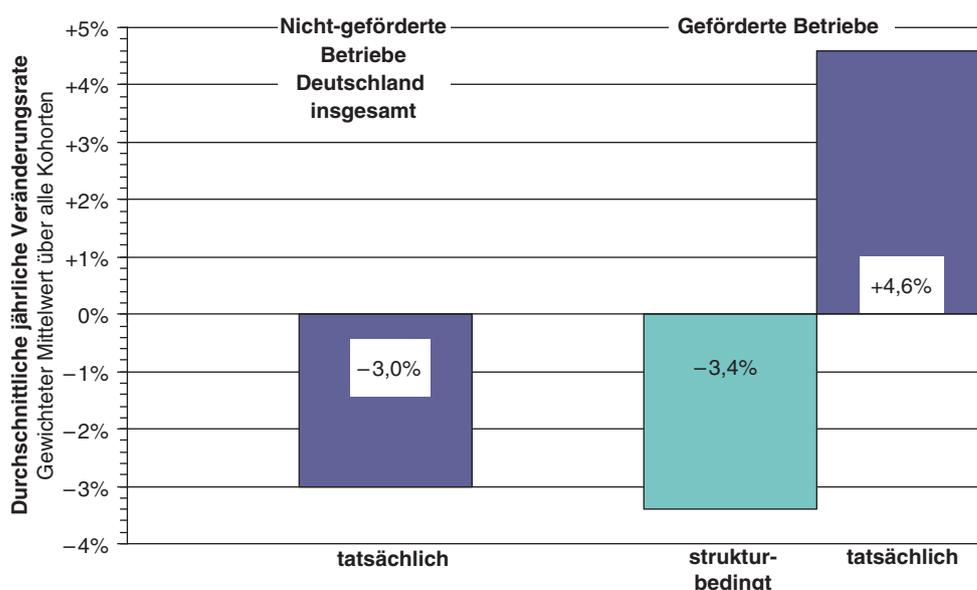
B_t der Beschäftigtenzahl der nicht-geförderten Betriebe des Wirtschaftszweiges s im Vergleichsraum im Jahr t und in 2008 (vgl. Fußnote 26)

Die oben genannte hypothetische Veränderungsrate v^{hyp} , die auch als „strukturbedingte Veränderungsrate“ oder kurz „Strukturkomponente“ bezeichnet wird, ist dann definiert

üblichen Unterteilung orientiert; vgl. Bade/Alm (2010: 127 ff.). In die Berechnung aufgenommen werden allerdings nur solche Wirtschaftszweige, in denen ein geförderter Betrieb tätig ist.

²⁶ Der Referenzwert, die durchschnittliche Veränderungsrate eines Wirtschaftszweiges im Vergleichsraum, wird wie oben erläutert für die Jahrgänge ab 2000 lediglich für die jeweiligen Neugründungen eines Jahres berechnet.

Abb. 8 Strukturbedingte und tatsächliche Beschäftigungsveränderung in den geförderten Betrieben. (Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Auswertungen)



Strukturbedingte Veränderung: Hypothetische Veränderungsrate, bei der jeder Betrieb genau im Durchschnitt aller nicht-geförderten Betriebe seines Wirtschaftszweiges in Deutschland gewachsen wäre.

durch das Verhältnis der Strukturkomponente zum Ausgangsbestand aller geförderten Betriebe:

$$v^{hyp} = \frac{\sum_s \sum_{t=1998}^{2007} s_b t \cdot \left(\frac{s_b B_{2008}}{s_b B_t} \right)}{\sum_s \sum_{t=1998}^{2007} s_b t} \quad (7)$$

Als Referenz wird die Entwicklung der nicht-geförderten Betriebe in Deutschland insgesamt, also der – um die geförderten Betriebe bereinigte – Bundesdurchschnitt gewählt. Über alle Kohorten und (einbezogenen) Wirtschaftszweige ermittelt, lag die Veränderungsrate bei –3 % p.a. (vgl. Abb. 8).

Hypothetisch hätte die Beschäftigung in den geförderten Betrieben, wenn sie mit ihrem jeweiligen Bundesdurchschnitt gewachsen wäre, um 3,3 % p.a. abnehmen müssen. Verglichen mit Deutschland insgesamt (–3 %) besaßen die geförderten Betriebe demnach eine eher ungünstige sektorale Struktur, bei der die schwächeren Branchen leicht überdurchschnittlich vertreten sind. Somit liegt die tatsächliche Beschäftigungszunahme von 4,6 % um 8 Prozentpunkte über der Veränderungsrate, die aufgrund der sektoralen Struktur der geförderten Betriebe im Jahresdurchschnitt hätte erwartet werden können.

5 Fazit

Entgegen der in der Literatur häufig geäußerten Skepsis ist das Ergebnis der Untersuchung eindeutig. Die Betriebe, deren Investitionen durch die GRW subventioniert worden

sind, haben einen erheblichen Beitrag zur Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen geleistet. Das Ergebnis beruht auf einer Auswertung von über 90 % aller Förderfälle im Zeitraum 1998 bis 2008. Grundlage sind die Angaben der Beschäftigtenstatistik, die durch die Verknüpfung mit der GRW-Förderstatistik nach geförderten und nicht-geförderten Betrieben ausgewertet werden konnten.

Das positive Ergebnis allein ist noch kein Beleg für oder gegen die Wirksamkeit der Regionalförderung. Ob die Entwicklung der geförderten Betriebe ohne Förderung ungünstiger verlaufen wäre, kann mit der Untersuchung hier nicht beantwortet werden. Einen Hinweis auf andere Einflüsse liefert die Differenzierung nach Jahrgangskohorten. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand von der Förderung schwächt sich die Dynamik der geförderten Betriebe ab. Anscheinend sind sie zum Zeitpunkt der Förderung besonders expansiv, was sich durch die Bindung der Zuschüsse an Investitionen erklären lässt. Betriebe, die investieren, sind in der Regel auf Expansion eingestellt. Allerdings reicht dieser Zusammenhang nicht zur Erklärung aus. Selbst mehrere Jahre nach der Förderung haben sich die geförderten Betriebe immer noch besser entwickelt als die übrigen nicht-geförderten.

Besonders positiv war der Beschäftigungsbeitrag in den neuen Bundesländern. Dort haben die GRW-geförderten Betriebe nicht nur die höchsten Zuwächse erzielt, sondern sind auch im Vergleich zu den übrigen Betrieben, deren Beschäftigte erheblich abgenommen haben, außerordentlich erfolgreich gewesen. In Westdeutschland dagegen fällt der Wachstumsvorsprung zwischen geförderten und nicht-geförderten Betrieben insgesamt niedriger aus, zum Teil

wegen der günstigeren Entwicklung der übrigen Betriebe, zum Teil aber auch, weil die geförderten Betriebe relativ schwach abgeschnitten haben.

Wodurch die Entwicklung der geförderten Betriebe verursacht worden ist, kann im Rahmen dieses Beitrages nicht ermittelt werden. Die sektorale Strukturkomponente lässt aber erkennen, dass das besondere Beschäftigungswachstum der geförderten Betriebe nicht durch eine besonders dynamische Branchenstruktur erklärt werden kann.

Literatur

- Albert, W. (1971): Die Entwicklung der regionalen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Eberstein, H. H. (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 1. Auflage, 1. Band. Köln, 1–16.
- Allen, K. J. et al. (1979): Regional Incentives in the European Community. A Comparative Study. Brüssel. = Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Regionalpolitik-Serie, Nr. 15.
- Alm, B.; Bade, F.-J. (2010): Beschäftigungseffekte der regionalen Investitionsförderung – Analyse der gewerblichen Subventionen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Zeitraum 1999 bis 2006. Dortmund. Online unter: http://www.raumplanung.tu-dortmund.de/rwp/20060929/DokuRwp00/2010_A1_Ba_GRW-EvaluierungC2010-10-27.pdf (letzter Zugriff am 24.11.2011).
- Asmacher, C.; Schalk, H.-J.; Thoss, R. (1987): Analyse der Wirkungen regionalpolitischer Instrumente. Münster. = Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Band 120.
- Bade, F.-J. (2010): Wie treffsicher ist die regionale Investitionsförderung? Eignen sich die geförderten Betriebe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur? Dortmund. Online unter: http://www.raumplanung.tu-dortmund.de/rwp/20060929/DokuRwp00/2010_Ba_GRW-EvaluierungA2010-09-08.pdf (letzter Zugriff am 24.11.2011).
- Bade, F.-J.; Alm, B. (2010): Evaluierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) durch einzelbetriebliche Erfolgskontrolle für den Förderzeitraum 1999–2008 und Schaffung eines Systems für ein gleitendes Monitoring. Gutachten im Auftrag der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Dortmund.
- Bronzini, R.; de Blasio, G. (2006): Evaluating the impact of investment incentives: The case of Italy's Law 488/1992. In: Journal of Urban Economics 60, 327–349.
- Bundesrechnungshof (2006): Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof. Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2006 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Jahresrechnung 2005). Drucksache 16/13200. Berlin.
- Deutscher Bundestag (1971): Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1972–1975. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache VI/2451. Bonn.
- Deutscher Bundestag (2001): Dreißigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2001 bis 2004 (2005). Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 14/5600. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2007): Sechsendreißigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2007 bis 2010. Drucksache 16/5215. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2009): Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 2009. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 16/13950. Berlin.
- De Castris, M.; Pellegrini, G. (2008): Identification of the spatial effects of industrial subsidies. Rom. = CREI Working Paper, No. 4/2008.
- Ewringmann, D.; Zabel, G. (1976): Konzeption und Funktion der GRW im Rahmen der Regionalpolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung 12, 751–767.
- Fisch, G. (2010): Aktuelle Herausforderungen des ostdeutschen Transformationsprozesses für die regionale Strukturpolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung 10/11, 837–846.
- Fischer, G.; Janik, F.; Müller, D.; Schmucker, A. (2008): Das IAB-Betriebspanel – von der Stichprobe über die Erhebung bis zur Hochrechnung. Nürnberg. = FDZ-Methodenreport 01/2008.
- Franz, W.; Schalk, H.-J. (1995): Eine kritische Würdigung der Wirksamkeit der regionalen Investitionsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gahlen, B.; Hesse, H.; Ramser, H. J. (Hrsg.): Standort und Region – Neue Ansätze zur Regionalökonomik. Tübingen, 273–302.
- Freund, U. (1982): Rolle und Ausmaß des Mitnahmeeffektes in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. In: Müller, J. H. (Hrsg.): Planung in der regionalen Strukturpolitik. Berlin, 61–82.
- Fritsch, M. (2008): Die Arbeitsplatzeffekte von Gründungen. Ein Überblick über den Stand der Forschung. In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung 41, 1, 55–69.
- Gabe, T. M.; Kraybill, D. S. (2002): The effect of state economic development incentives on employment growth of establishments. In: Journal of Regional Science 42, 4, 703–730.
- Gräber, H.; Holst, M.; Schackmann-Fallis, K.-P.; Spehl, H. (1987): Externe Kontrolle und regionale Wirtschaftspolitik. Band 1. Berlin.
- Harris, R. I. D. (1991): The Employment Creation Effects of Factor Subsidies. Some Estimates for Northern Ireland Manufacturing Industry, 1955–1983. In: Journal of Regional Science 31, 1, 49–65.
- Hopfinger, H. (1983): Für eine gespaltene Regionalpolitik unter veränderten Rahmenbedingungen. Ergebnisse einer Untersuchung über die Auswirkungen der regionalen Wirtschaftsförderung am Beispiel Oberfranken. In: Raumforschung und Raumordnung 41, 3, 90–100.
- Jürgensen, H. (1964): Antinomien in der Regionalpolitik. In: Jürgensen, H. (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Göttingen, 401–413.
- Koller, M.; Schiebel, W.; Schwarzenberger, F.; Solner, O. (2004): Wie erfolgreich sind Subventionen? Investitionsförderung auf dem Prüfstand. Analyseergebnisse nach einem neuen IAB-Konzept. Nürnberg.
- Krist, H.; Walker, G. (1980): Die Berücksichtigung regionaler Investitionsanreize in unternehmerischen Investitionsentscheidungen. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 335–348.
- Lammers, K.; Niebuhr, A. (2002): Erfolgskontrolle in der deutschen Regionalpolitik: Überblick und Bewertung. Hamburg. = Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, HWWA-Report, Nr. 214.
- Lenihan, H.; Hart, M. (2005): The use of counterfactual scenarios as a means to assess policy deadweight. An Irish case study. In: Environment and Planning C: Government and Policy 22, 6, 817–839.
- Lüken, S. (2002): Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken. In: Wirtschaft und Statistik 3, 165–181.
- Moore, B.; Rhodes, J. (1973): Evaluating the effects of British regional economic policy. In: Economic Journal 83, 87–110.
- Pellegrini, G.; Centra, M. (2006): Growth and efficiency in subsidized firms. Bologna.

- Peters, A.; Fisher, P. (1997): Tax and spending incentives and enterprise zones. In: *New England Economic Review* 2, 109–130.
- Peters, A.; Fisher, P. (2004): The failures of economic development incentives. In: *Journal of the American Planning Association* 70, 1, 27–37.
- Ragnitz, J. (2003): Wirkungen der Investitionsförderung in Ostdeutschland. Halle. = IWH-Diskussionspapiere, Nr. 186.
- Recker, E. (1976): Investitions- und Arbeitsplatzfolge der Regionalpolitik. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 12, 821–828.
- Schalk, H. J.; Untiedt, G. (1995): Kapitalnutzungskosten in den Kreisen der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 4/5, 283–290.
- Schalk, H. J.; Untiedt, G. (2000): Regional investment incentives in Germany: Impacts on factor demand and growth. In: *Annals of Regional Science* 34, 2, 173–195.
- Scharff, R. (1993): Grundzüge einer entwicklungspotentialorientierten Ausgestaltung der „Gemeinschaftsaufgabe ,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur““. In: *Raumforschung und Raumordnung* 51, 4, 184–200.
- Schwartz, D.; Pelzman, J.; Keren, M. (2008): The Ineffectiveness of Location Incentive Programs. Evidence from Puerto Rico and Israel. In: *Economic Development Quarterly* 22, 2, 167–179.
- Streit, M. E. (1971): Probleme regionalpolitischer Diagnose und Projektion. In: *Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 91, 670–690.
- Tetsch, F.; Benterbusch, U.; Letixerant, P. (1996): Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“: ein Leitfaden zur regionalen Wirtschaftsförderung in Deutschland. Köln.
- Townroe, P. M. (1972): The Supply of Mobile Industry: a Cross-Sectional Analysis. In: *Regional and Urban Economics* 2, 4, 371–386.
- Wermter, W.; Cramer, U. (1988): Wie hoch war der Beschäftigtenanstieg seit 1983? In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 21, 4, 468–482.